

"EU-Politik wird von den Interessen der großen Banken und Konzerne dominiert."

Politik Aktuell: Sabine Wils (MdEP) über das Risiko einer EU-Wachstumsstrategie der kapitalistischen Liberalisierung der Märkte



von Europakorrespondent Ansgar Skoda. Sabine Wils tritt als Europaabgeordnete für die **LINKE** für eine gerechtere Globalisierung ein. Im Vorstand der Gewerkschaft **ver.di** vertrat die gebürtige Aachenerin vor ihrem Abgeordnetenmandat Arbeitnehmerinteressen. Mit campus-web sprach die Diplom-Chemikerin und dreifache Mutter u. a. über ihren Tagesablauf, eine wenig transparente und unsoziale Verteilung der finanziellen Mittel der EU, die mögliche Wiedereinführung von Zoll-Kontrollen in Dänemark und Richtungsstreitigkeiten innerhalb der eigenen Partei. campus web-Reihe Europaabgeordnete.

Dänemark möchte den Grenzzoll zur Kontrolle Einreisender und Ausreisender wieder einführen. Kann das Land weiterhin Teil des Schengener Raumes bleiben, obwohl dieser den freien Grenzübertritt zwischen beteiligten EU- und einigen anderen Ländern garantiert?

Ob Dänemark mit der Einführung von Grenzkontrollen den Schengen-Vertrag brechen wird, ist noch völlig unklar und wird auch weiter beobachtet. Politisch verwerflich ist aber doch der eigentliche Hintergrund: Um eine Mehrheit für den Sparhaushalt zu bekommen, haben die rechtspopulistische Dänische Volkspartei und die dänische Mitte-Rechtsregierung sich auf die Wiedereinführung von Zollkontrollen geeinigt. In vielen Ländern Europas haben rechte Parteien zuletzt beachtliche Wahlerfolge errungen und setzen eine chauvinistische Politik durch.

Wie stark schätzen Sie die Wirkung der aktiven Antiatomenergieproteste von Organisationen wie **compact!de im Vergleich zu den Schrecken von Fukushima ein? Was hat eher politische Konsequenzen und was bewegt nachhaltiger die Bevölkerung?**

Bei den Anti-Atom-Protesten gegen die Laufzeitverlängerung und bei den Castor-Blockaden in Gorleben und Lubmin haben vergangenes Jahr hunderttausende Menschen protestiert. Die Anti-AKW-Bewegung ist ja nichts, was nach Fukushima spontan entstanden ist. Schon seit vielen Jahren ist Atomkraft unter der Bevölkerung in Deutschland nicht mehr mehrheitsfähig und so unpopulär wie Gammelfleisch. Fukushima hat nun den Menschen gezeigt, dass überall tödliche Störfälle in Atomanlagen passieren können. Das hat der Bewegung noch einmal neuen Auftrieb gegeben.

Die LINKEN setzen sich für die Einführung einer

Im Focus: Sabine Wils

Wie versuchen Sie den Bürgern die Arbeit der EU näherzubringen?

Meine Aufgabe als Abgeordnete sehe nicht darin, „den Bürgern“ die Arbeit „der EU“ näherzubringen.

Die EU stellt sich als ein wirtschaftlicher und politischer Raum dar, in dem sich die Interessen der Mehrheit der Menschen zurzeit nicht durchsetzen können. Die EU-Politik wird vielmehr von den Interessen der großen Banken und Konzerne dominiert. Der sogenannte Euro-Rettungsschirm hat vor allem das Geld deutscher Banken und Finanzkonzerne in Griechenland gerettet. Am Ende bezahlen die Menschen in Griechenland, Portugal und Spanien mit dem von der EU geforderten Ausverkauf des Staatsvermögens und dem Sozialabbau in ihren jeweiligen Ländern die Zeche.

Ein anderes Beispiel ist die weitgehend von Parlamenten unkontrollierte Subventionierung der Atomkonzerne in der EU mit Steuergeldern. Die in der Öffentlichkeit wenig bekannte Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) fördert die Forschung an

EU-Finanztransaktionssteuer ein und kommen somit den Forderungen der globalisierungskritischen Bewegung Attac entgegen. Wie wird diese EU-Finanztransaktionssteuer genau aussehen? Wie möchten Ihre Partei die Tobin/-Finanztransaktionssteuer durchsetzen?

Im Europawahlprogramm haben wir uns 2009 für die Einführung von europäischen Steuern, insbesondere für eine Finanztransaktionssteuer (unter anderem Devisen- und Börsenumsatzsteuer) ausgesprochen. Unsere Fraktion im Deutschen Bundestag hat Anfang 2010 einen Antrag eingebracht, Verhandlungen innerhalb von UNO, G20, OECD und EU für eine globale Finanztransaktionssteuer aufzunehmen. Dabei sollten Finanztransaktionen einmalig mit einer Steuer von 0,1 % belegt werden. Auf dem Weg hierhin sollte die Bundesrepublik eine nationale Finanztransaktionssteuer von 0,01 % einführen. Das hieße praktisch, dass derjenige, der bei einer Bank in Deutschland z.B. ein Wertpapierdepot von 10.000 € anlegen würde, 1 € Steuern darauf abführen müsste. Auf diese Art und Weise würde zumindest ein Teil der riesigen, oft milliarden schweren Spekulationsgewinne abgeschöpft und könnte zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise dienen. Andere EU-Staaten wie Belgien (2004) und Frankreich (2001) haben schon längst beschlossen, sich für eine solche Steuer auf EU-Ebene einzusetzen. Im Deutschen Bundestag fand unser Anliegen letztendlich leider keine Mehrheit.

Ihre Partei hatte kürzlich in der BRD aufgrund von Personalquerelen und Richtungsstreitigkeiten längere Krisensitzungen. Wie schätzen Sie die politische Situation der GUE/NGL auf europäischer Ebene im Vergleich zur politischen Situation der Linken in Deutschland ein?

Zunächst einmal finde ich es gut, dass in der LINKEN politisch gestritten wird. Wir sind eben keine Partei der Friedhofsruhe, sondern führen eine aktive Programmdebatte. Im Mittelpunkt sollten dabei aber immer unsere eigenen Inhalte stehen. Die werden sich auch durchsetzen: Eine breite Mehrheit der Menschen lehnt den Afghanistan-Krieg ab und will nicht erst mit 67 in Rente gehen. Unsere Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn, für die wir noch vor Jahren ausgelacht wurden, wird jetzt sogar in Teilen der CDU diskutiert.

Die Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) ist eine konföderale Fraktion von Linken, die sich weder bei den bürgerlichen Grünen noch bei den sozialdemokratischen Parteien gut aufgehoben fühlen. Als kleine Fraktion im Parlament sind wir gerade bei sozialpolitischen Fragen oft diejenigen, die den Finger in die Wunde legen.

Am 1. Mai haben sich die europäischen Arbeitsmärkte für die Arbeitnehmer aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten – mit Ausnahme von Rumänien und Bulgarien – endgültig geöffnet. Auf der Podiumsdiskussion „Grenzenlos arbeiten in Europa“

Nukleartechnologie – und das aus Beiträgen aller EU-Mitgliedsstaaten, obwohl 2/3 der EU-Länder keine AKWs haben oder den Ausstieg aus dieser Risikotechnologie beschlossen haben.

DIE LINKE. steht für ein Europa, in dem nicht Profitinteressen, sondern Menschen im Mittelpunkt stehen. Wir kämpfen europaweit gegen die unsozialen Angriffe auf die Sozialsysteme, auf Löhne und Arbeitsbedingungen sowie gegen weitere Privatisierung und Liberalisierung.

Was kann man sich unter Ihren Arbeiten als MdEP vorstellen? Wie sieht Ihr Tagesablauf aus? Wo sehen Sie zukünftige Projekte und Anliegen?

Mein Tagesablauf ist abhängig vom Sitzungskalender des Europäischen Parlaments. Zwölfmal im Jahr tagt das Parlament in Straßburg, manchmal zwischendurch auch in Brüssel als sogenanntes Miniplenium.

Die Redezeiten im Parlament werden im Verhältnis zur Anzahl der Mitglieder in den jeweiligen Fraktionen vom Parlament festgelegt. Ich erhalte in der Regel 1 bis 1,5 Minuten Redezeit für ein Thema. Die Vormittage in Straßburg sind meistens von den inhaltlichen Vorbereitungen auf die Abstimmungen geprägt, die normalerweise von Dienstag bis Donnerstag in der Mittagszeit stattfinden, sowie am Donnerstagnachmittag. In Straßburg finden auch zahlreiche andere Treffen statt, wie z.B. die Fraktionsitzung unserer Linkenfraktion (GUE/NGL) im Europaparlament am Dienstagabend oder Treffen zur inhaltlichen Abstimmung mit Abgeordneten aus anderen Fraktionen, die an den gleichen Themen wie ich im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und

wurde über die sich daraus ergebenden Perspektiven für neue und alte Mitgliedsstaaten und über Lohn- und Sozialdumping diskutiert. Wie haben sich die EU-Mitgliedstaaten auf die Arbeitsmarktöffnung vorbereitet? Besteht hier weiterhin erhöhter Absprache- und Beratungsbedarf?

DIE LINKE. hat für Deutschland einen gesetzlichen Mindestlohn gefordert, wie es ihn in vielen anderen Ländern schon gibt. Nur mit einem gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von mindestens 10 € pro Stunde wäre gewährleistet, dass die Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht dazu dient, die deutschen Löhne, die ohnehin im EU- Vergleich schon deutlich gesunken sind, weiter zu drücken. Wir wollen, dass alle Menschen, die hier arbeiten, von ihrer Arbeit auch anständig leben können. Darüber hinaus fordern wir einen europäischen Mindestlohn in Höhe von 60 % des jeweiligen nationalen Durchschnittslohnes, um das Lohnniveau in allen EU-Mitgliedstaaten zu erhöhen und Dumpinglöhne zu unterbinden.

Seit vielen Jahren engagieren Sie sich für den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Diesen Mai wurde auf einer Pressekonferenz des DGB eine neue wissenschaftliche Studie zu Praktika von Hochschulabsolventen vorgestellt, "Generation Praktikum 2011". Was würden Sie Hochschulabsolventen bei Ihrem Berufseinstieg raten?

Seit Jahren setzt sich DIE LINKE. für eine Eingrenzung des grenzenlosen Praktikums-Wahns ein. Wir wollen, dass Praktika da vergeben werden, wo sie sinnvoll sind und Menschen dabei etwas lernen können. Sie dürfen keine reguläre Beschäftigung ersetzen. Hochschulabsolventen haben in ihrem Studium durchschnittlich bereits vier Praktika absolviert. Mir ist es deshalb unverständlich, warum sie weiter unter- oder gleich unbezahlte Praktika machen müssen, die in der Regel eben auch nicht in Beschäftigung führen. Wir GewerkschafterInnen setzen uns für eine strikte Eingrenzung des Missbrauchs von Praktika ein.

Dr. Silvana Koch-Mehrin (FDP) ist kürzlich von dem Amt der deutschen Vizepräsidentin des EU-Parlaments und der Leitung der FDP im EU-Parlament zurückgetreten, nachdem ihr, wie zuvor Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU), Plagiatsvorwürfe im Rahmen ihrer Dissertation gemacht wurden. Sie möchte ihr Abgeordnetenmandat im Europäischen Parlament behalten. Sollte sie Ihrer Meinung nach ihr Abgeordnetenmandat zur Disposition stellen, wenn ihr der Dokortitel aberkannt wird?

Bürgerliche Politiker neigen gerne zum starken Moralisieren. Da müssen sie damit leben, dass sie auch an den eigenen Ansprüchen gemessen werden. Wer dann nach der Salamtaktik immer nur das zugibt, was sich nicht mehr widerlegen lässt, der zerstört das Vertrauen in die eigene Politik. Insofern bin ich hier die falsche Ansprechpartnerin. In die Politik der Neoliberalen habe ich nie

Lebensmittelsicherheit (ENVI) arbeiten oder im Verkehrsausschuss (TRAN), in dem ich Stellvertretendes Mitglied bin. Die Ausschusssitzungen finden meist in Brüssel, manchmal jedoch auch in Straßburg statt. Meine beiden Ausschüsse tagen leider fast immer parallel von Montagnachmittag bis Mittwoch.

In den Ausschüssen vertrete ich meine Fraktion GUE/NGL bei bestimmten Gesetzesvorhaben und Stellungnahmen, wie z.B. bei der Änderung der Richtlinie zum Phosphatgehalt in Waschmitteln oder bei einer Stellungnahme zur Änderung der Richtlinie zur Endlagerung von Atommüll aus Sicht des Umweltausschusses an den Industrieausschuss.

Mit Unterstützung meiner Assistentinnen und Assistenten in Brüssel, Hamburg und Berlin stelle ich in den Ausschüssen Anträge und beteilige mich an der Diskussion über die Gesetzesvorhaben und Anträge. Bevor die Anträge ins Plenum kommen, wird in den Ausschüssen über sie abgestimmt.

In den Fraktionswochen nehme ich am Mittwochvormittag an der Fraktionssitzung der GUE/NGL teil. In dieser Woche finden auch viele Informationsveranstaltungen der Fraktionen zu europäischen Themen und Anhörungen der Fraktionen zur Arbeit in den Ausschüssen statt. Im 1. Quartal 2011 habe ich zum Beispiel für die GUE/NGL eine Anhörung mit Eisenbahngewerkschaftern aus zahlreichen Ländern Europas zu einem Gesetzesvorschlag der Kommission. Beabsichtigt ist eine weitere Liberalisierung des Eisenbahnmarktes, die unsozial und kundenunfreundlich ist. Dagegen wollen sich die Eisenbahner zur Wehr setzen. Mein Anliegen ist es, die Politik der EU mit

Vertrauen gehabt.

Das Europaparlament fördert durch Programme wie FEMM aktiv Frauen und Gleichstellungsarbeit. Gibt es auch Ansätze einer Integration von Diversity Management in das Konzept der Europäischen Union?

Diese Managementmethode ist mir aus meinem bisherigen Arbeitsleben bekannt. Meiner Meinung nach geht es mit dieser Methode darum, die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Unternehmen in der EU zu steigern. Auch die Gender-Politik der EU hat dieses Ziel.

Vielen Dank für das Interview!

Mehr Infos zur Arbeit von Sabine Wils findet ihr [hier](#).

Autor: Ansgar Skoda / **Bild:** Sabine Wils / 24.07.2011

Druck von links im Interesse der Menschen, die in der EU leben und arbeiten, zu verändern.

Welche EU-geförderten Projekte können Sie in Ihrer Wahlregion nennen?

Der Wahlkreis für Europaabgeordnete ist die Bundesrepublik Deutschland. Die Fördermittel werden von den jeweiligen Bundesländern entsprechend ihrer Zweckbestimmung vergeben.

[Artikel drucken](#)